

Attiger warnt vor Mangellage im nächsten Winter

Dank hohen Temperaturen, mehr französischen AKW am Netz, einem funktionierenden Stromimport und genug Wasser in den Speicherseen blieb der Aargau von der drohenden Strom- und Gasmangellage verschont. Für den kommenden Winter gibt es aber einige Unsicherheiten, wie Energiedirektor Stephan Attiger sagt.

Fabian Hägler

«Wenn es keine extremen Veränderungen gibt, werden wir diesen Winter ohne Strom- und Gasmangel überstehen.» Das sagte Energiedirektor Stephan Attiger Mitte Januar in einem AZ-Interview – und er sollte recht behalten. In den gut zwei Monaten, die seither vergangen sind, waren höchstens die Temperaturen extrem: ausserordentlich hoch im langjährigen Vergleich, was den Strom- und Gasverbrauch sinken liess.

An einer Medienkonferenz am Donnerstag sagte Attiger, im Aargau seien im Zeitraum von Herbst 2022 bis Frühjahr 2023 schätzungsweise Energieeinsparungen in der Grössenordnung von 5 Prozent Strom und über 20 Prozent Gas erzielt worden. Dies dank der im Kanton getroffenen Massnahmen beziehungsweise des Energie-sparverhaltens von Bevölkerung, öffentlicher Hand, Wirtschaft und anderen Verbrauchern.

Situation im August 2022 liess laut Attiger auf Mangellage schliessen

«Dank verschiedenen positiven Umständen und Entwicklungen ist es in diesem Winter glücklicherweise nicht zu einer Strom- und Gasmangellage gekommen», stellte der FDP-Regierungsrat fest. «Wichtigste Faktoren sind die milde Witterung, die Verfügbarkeit der französischen Kernkraftwerke, die funktionierenden Energie-

importe sowie die guten Füllstände der Schweizer Stauseen und die europäischen Gasvorräte.»

«Die von Bund, Kantonen, Energieversorgern und weiteren Gremien beschlossenen Massnahmen und Vorbereitungen waren angesichts der drohenden Risiken wichtig und richtig», betonte Energiedirektor Attiger. Schon vor zwei Monaten hatte er gesagt, der Kanton habe die Situation nicht dramatisiert. Wegen der Höchststände der Grosshandelspreise für Strom und Gas im August 2022 habe man klar von einer sich abzeichnenden Mangellage ausgehen müssen.

Spareffekt bei Öl, Gas und Strom nicht genau messbar

Attiger sagte, beim Gasverbrauch lasse sich nicht einzeln auswerten, welche Faktoren zum rund 20 Prozent niedrigeren Verbrauch geführt hätten. Es bleibt also offen, wie viel der Einsparung auf den warmen Winter, auf die stark gestiegenen Preise oder die Umstellung von Zweistoffanlagen gewisser Firmen auf Öl zurückzuführen ist.

Auch beim Strom kann der Energiedirektor nicht im Detail angeben, wie viel die Aargauer Bevölkerung eingespart hat. Attiger ist mit Verweis auf den um gut 5 Prozent gesunkenen Verbrauch aber der Ansicht, dass die Sparmassnahmen etwas gebracht haben. Dass trotz Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum sowie Elektrifizierung des Verkehrs und einem Wärme-

pumpen-Boom weniger Strom verbraucht wurde, wertet er positiv.

Kantonsgebäude bald voll beheizt, Schlösser wieder beleuchtet

Ab dem 15. April hebt der Kanton einige Massnahmen auf, die im letzten Herbst eingeführt worden waren. So werden Schlösser und Kulturbauten in den Nachtstunden im Aargau wieder beleuchtet. Die Senkung der Raumtemperatur wird – wie vom Bund empfohlen – ebenfalls aufgehoben. Und auch die Luft- und Wassertemperatur im Hallenbad Telli in Aarau – dieses wird durch den Kanton betrieben – werden wieder auf die normalen Werte erhöht.

Wie hoch die Einsparungen in den rund 480 Gebäuden des Kantons waren, lässt sich laut Maurus Büsser, Generalsekretär im Departement Attiger, nicht genau sagen. Man versuche die Messinfrastruktur zu verbessern, um künftig gesicherte Angaben dazu machen zu können. Weiterhin bestehen bleiben in der Kantonsverwaltung das Verbot von steckerfertigen Elektrogeräten zum Heizen oder zur Komfortkühlung sowie die Reduktion der Warmwasseraufbereitung zum Händewaschen.

Taskforce Versorgungssicherheit bleibt bestehen

Attiger wies darauf hin, dass ein schonender Umgang mit Energie weiter dringend nötig sei: «Für den Winter 2023/24 zeichnen sich erhöhte Risiken



Der Aargauer Energiedirektor Stephan Attiger warnt für den kommenden Winter vor

für eine Mangellage ab. Dies wegen der spärlichen Niederschläge, der schwer beeinfluss- und abschätzbaren politischen und technischen Faktoren rund um den Ukraine-Krieg und wegen möglicher Versorgungsengpässe im Zusammenhang mit Klimaveränderungen.»

Nicht zuletzt deshalb führt die vom Regierungsrat zur Bewältigung einer Mangellage eingesetzte Taskforce Versorgungssicherheit ihre Arbeit bis auf weiteres fort. Das Gremium, das von Attigers Generalsekretär Büsser und von Staatsschreiberin Joana Filippi geleitet wird, tagte im letzten Herbst zum Teil wöchentlich. «Wir wollen keinen Alarmismus betreiben, aber die Lage

auch nicht auf die leichte Schulter nehmen», sagt Büsser.

Energiepreise fordern Unternehmen im Aargau stark

Filippi hielt fest, dass sich der Austausch mit der AEW Energie AG, dem Verband Aargauischer Stromversorger und den Stadtwerken bewährt habe. Auch der regelmässige Kontakt mit den Wirtschaftsverbänden AGV und AIHK sowie dem Gewerkschaftsdachverband Arbeit Aargau sei wichtig gewesen. Der Kanton habe die Verbände frühzeitig informiert, bei Konsultationen des Bundes einbezogen und ihre Anliegen aufgenommen.

Aargauer Rezepte: AKW länger laufen lassen, definitives Gaskraftwerk

Energiedirektor Stephan Attiger unterstützt ein Gaskraftwerk und hofft auf längere AKW-Laufzeiten, die SP fordert einen starken Solarausbau,

Fabian Hägler

«Das unter Notrecht realisierte Reservkraftwerk in Birr wird als Mahnmal der gescheiterten eidgenössischen Energiestrategie 2050 in die Geschichte eingehen.» Das schreibt die FDP Aargau, die Partei von Regierungsrat Stephan Attiger, nach einer Medienkonferenz zur Energiemangellage am Donnerstag. Attiger sieht dies weniger kritisch, er bezeichnete das Notkraftwerk als Beitrag des Aargaus an die Versorgungssicherheit.

«Wir können nicht mit alpinen Solaranlagen oder Speicherseen dienen, auch das Windpotenzial ist bescheiden, aber der Standort für das Kraftwerk ist optimal.» Die Anlage bleibt bis 2026 stehen, danach soll in Birr ein definitives Gaskraftwerk entstehen. Laut Attiger gibt es interessierte Investoren, der Kanton hofft, dass der Bund die Aus-

schreibung bald startet. Bisher lief das Notkraftwerk Birr nur im Testbetrieb, die Schweiz und der Aargau haben den Winter ohne Strommangel überstanden. Weil sich die Situation im Winter 2023/24 wieder zuspitzen könnte, ist der Bau der Anlage aus Sicht der SP «unter dem Strich wohl ein unerlässlicher Akt der Vernunft». Die Sozialdemokraten pochen aber darauf, dass das Kraftwerk nur im Notfall wenige Stunden im Jahr zum Einsatz kommen soll.

SP fordert einen massiven Ausbau der Solarenergie im Aargau

Um den steigenden Strombedarf längerfristig zu decken, fordert die SP einen massiven Ausbau der Photovoltaik. Die Zahl der installierten Solaranlagen sei «in der Schweiz und besonders im Aargau sehr bescheiden, das Potenzial wird kaum genutzt». Es sei stossend, dass immer noch grosse Flä-



Bleibt das AKW Leibstadt noch über 20 Jahre am Netz?

Bild: Benjamin Manser

chen an öffentlichen Gebäuden des Kantons, der Gemeinden und auch des Bundes kaum genutzt würden, schreibt die SP in ihrer Mitteilung.

FDP und Handelskammer wollen AKW-Bauverbot aufheben

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) hält fest, die Versorgungssicherheit sei auf mittlere Sicht nicht gewährleistet. Weil sich die Schweiz bis 2050 von fossilen Energieträgern verabschieden wolle, werde die Nachfrage nach Strom stark steigen. AIHK-Direktor Beat Bechtold sagt: «Im Jahr 2022 stammten 37 Prozent des hier produzierten Stroms aus Kernkraft. Wie dieser Strom ersetzt werden soll, ist offen.» Der Ausbau der inländischen Stromversorgung sei deshalb dringend. Dies gilt laut Handelskammer insbesondere für erneuerbare Energieträger, die heute mit Ausnahme der Wasser-



einer möglichen Mangellage.

Bild: Fabio Baranzini

«Hohe Energiepreise und die gefährdete Versorgungssicherheit bleiben eine Herausforderung für Unternehmen», sagte Filippi. Der letzte Austausch des sogenannten «Dialogs Wirtschaft» fand Mitte März statt. Spätestens wenn die Prognosen zur Energieversorgung im Winter 2023/24 aussagekräftiger werden, wollen sich die Verbands- und Kantonsvertreter wieder treffen. Er sorgfältige Umgang mit Energie soll auch Teil des Alltags der Bevölkerung werden. «Beim Verlassen eines Raums das Licht zu löschen, für kurzes Abspülen der Hände kaltes Wasser zu verwenden, eine Schicht Kleider mehr

zu tragen oder Treppen zu steigen, anstatt den Lift zu benutzen, helfen, ohne Komforteinbusse Energie sorgsam zu nutzen», heisst es in einer Mitteilung des Kantons.

Es sei sehr wichtig, Bevölkerung, Gemeinden, Wirtschaft und weitere Verbraucher zu sensibilisieren und zum sorgsam und effizienten Umgang mit Energie zu motivieren. Mit etwas Achtsamkeit könnten alle dazu beitragen, gut auf den kommenden Winter vorbereitet zu sein. Investitionen in einfache Applikationen wie eine abschaltbare Steckerleiste, LED-Lampen und Duschsparbrausen lohnen sich laut Kanton auch finanziell.

Strompreis steigt 2024 auch für AEW-Kundschaft

Der Strompreis am Spotmarkt ist laut Regierungsrat Stephan Attiger ein guter Gradmesser für die Versorgungssicherheit. Und dieser Tarif, der im letzten Sommer und Herbst sehr hoch war, hat direkte Auswirkungen auf die Stromrechnung der Bevölkerung. Weil die meisten kleineren Versorger kaum selber Strom produzieren, müssen sie diesen am Markt einkaufen. Bei diversen Firmen, die im Verband Aargauischer Stromversorger organisiert sind, laufen günstige Bezugsverträge aus. Deshalb wird der Strompreis für die Privatkundschaft dieser Unternehmen auch 2024 erneut steigen (AZ vom 16. März).

AEW-Strom wird nächstes Jahr rund 25 Prozent teurer

Auch die AEW Energie AG, der grösste Stromversorger im Kanton, geht von höheren Tarifen aus: «Für 2024 erwarten wir eine Preissteigerung in der Grössenordnung des Jahres 2023», teilt Sprecherin Silvia Geissmann mit. Dies wäre eine Erhöhung um 25 Prozent, wobei die AEW die Preisanpassung möglichst moderat halten will. «Die Bewirtschaftung unserer Eigenproduktion trägt zur Dämpfung von Preisschwankungen bei», sagt Geissmann. Die AEW produziert 50 Prozent des verkauften Stroms selber, die andere Hälfte wird am Grosshandelsmarkt eingekauft. Dies mache es möglich, volatile Marktpreise abzufedern, wobei die AEW die Kostenentwicklung im Netzbereich nur bedingt beeinflussen könne. Diese wirkt sich laut Geissmann ebenfalls auf die Strompreise für das Jahr 2024 aus.

SP fordert Einsatz von Gewinnen für Senkung der Strompreise

Die SP Aargau kritisiert in einer Mitteilung, dass Stromversorger im Staatsbesitz wie die Axpo im Krisenjahr 2022 hohe Gewinne machten, die Bevölkerung davon aber nicht profitiere. Grossrat Martin Brügger fordert, dass solche Firmen – auch die AEW Energie AG – einen Teil des Gewinns dafür einsetzen sollten, den Strompreis für die Bevölkerung zu senken. Eine andere Möglichkeit wäre für Brügger, dass die Unternehmen diese Gelder verwenden, um stärker in die lokale Energieproduktion durch Photovoltaik zu investieren. Dass der Regierungsrat Axpo und AEW einfach wirtschaften lasse und keine Vorgaben in diesem Bereich mache, ist aus Sicht der SP unhaltbar. (fh)

bauen, mehr Solaranlagen installieren

FDP und Handelskammer wollen Neubauverbot für Atomkraftwerke aufheben.

kraft nur einen marginalen Beitrag leisten. «Wir brauchen in der Schweizer Energiepolitik einen Effort. Man muss den Ausbau endlich priorisieren und Schutzinteressen gegen das öffentliche Interesse abwägen», betont Bechtold.

Die FDP fordert einen zügigen, technologieoffenen Ausbau der Stromproduktion im Inland – und der freisinnige Handelskammer-Direktor konkretisiert dies in einer Mitteilung: «Das Technologieverbot, gerade mit Blick auf die Kernkraft, gehört abgeschafft.»

Soll das Atomkraftwerk Leibstadt bis 2044 am Netz bleiben?

Energiedirektor Attiger äusserte sich vor den Medien nicht zu dieser Forderung, zeigte aber anhand einer Grafik, dass im Winter eine Stromlücke droht, wenn die heutigen Atomkraftwerke vom Netz gehen. Demnach würden die beiden Reaktoren in Beznau im Jahr

2029 abgeschaltet, die AKW Gösgen und Leibstadt würden 2035 folgen.

Adrian Fahrni, Leiter der Abteilung Energie, hielt auf Nachfrage fest, dass es sich bei diesen Laufzeitangaben um das Basisszenario des Bundesamts für Energie handle. «Heute geht man aber vermehrt von einer Laufzeit von 60 Jahren aus, damit würde Gösgen erst 2039 und Leibstadt erst 2044 abgeschaltet», ergänzte Fahrni.

Energiedirektor Attiger sagte, eine 60-jährige Laufzeit würde mehr Zeit für den Zubau neuer Produktionsanlagen geben. Er betonte aber, dass ein AKW auch früher abgestellt werden könne, als im aktuellen Szenario vorgesehen. Wenn eine grosse Investition in die Sicherheit anstehe oder sich der Weiterbetrieb aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr lohne, wie dies in Mühleberg passierte, könne auch dieser Fall eintreten.

Rekorde für AKW Leibstadt

Das Atomkraftwerk Leibstadt hat letztes Jahr zwei neue Rekorde erzielt. Mit 9753 Gigawattstunden (GWh) wurde der alte Produktionsrekord von 9692 GWh klar übertroffen. Der neue Höchstwert ist gemäss Mitteilung das Resultat gezielter Investitionen in die Modernisierung der Anlage. Der ersetzte Kondensator und das neue Umwälzsystem ermöglichten bei unveränderter Reaktorleistung eine höhere Stromproduktion und weniger Eigenverbrauch. Die Produktionskosten des AKW lagen mit 4,56 Rappen pro Kilowattstunde so tief wie noch nie. Dies war vor allem dank deutlich tieferen Aufwendungen für Material und Fremdleistungen bei einer im Vergleich zum Vorjahr erheblich kürzeren Jahreshauptrevision möglich. (fh)